Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 34 (2007)

Heft: 1

Artikel: Unterwegs nach Europa : "Lasst uns wieder eine europäische Familie schaffen"

Autor: Ribi, Rolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-911606

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Lasst uns wieder eine europäische Familie schaffen»

WINSTON CHURCHILL, VOR 60 JAHREN AM 26. SEPTEMBER 1946 AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union oder ein Vollbeitritt unseres Landes – «Europa» ist weiterhin das wichtigste Thema unserer Aussenpolitik. Die Zukunft des bilateralen Weges wird schwieriger, aber eine Mehrheit des Schweizervolkes und die Wirtschaft wollen heute keine volle Mitgliedschaft. Von Rolf Ribi

Nein! Nehmen Sie das nicht persönlich. Damit ist auch die restliche Welt gemeint!

Der einzige Satz im Brief des Schweizer Bundesrates vom 20. Mai 1992 an den Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel sorgt noch heute für heisse Köpfe: «Die Schweizer Regierung hat die Ehre, hiermit um den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ersuchen, das heisst um die Eröffnung von Verhandlungen.» Gezeichnet hatte das Schriftstück der damalige sozialdemokratische Bundespräsident und Aussenminister René Felber.

Die ganze Brisanz der europäischen Frage zeigte sich schon damals: Der Aussenminister der Eidgenossenschaft wollte die Schweiz in die Europäische Union führen – ohne dafür ein Plazet des Volkes zu haben. Kurz zuvor hatte Felber seine Bundesratskollegen Delamuraz, Cotti und Ogi vom Beitrittsgesuch überzeugt. In der Sondersitzung des Bundesrates vom 18. Mai unterlagen die Bundesräte Koller, Villiger und Stich. «So kapitale Fragen wie das EU-Beitrittsgesuch dürfen im Bundesrat nicht einfach mit vier gegen drei Stimmen entschieden werden», kritisierte später Arnold Koller.

«Vielleicht» sei das Gesuch ein «taktischer Fehler» gewesen, räumte René Felber zehn Jahre später ein. «Uns ging es darum, alle Unklarheiten und Zweifel zu vermeiden.» Fakt ist, dass das bundesrätliche Schreiben nach Brüssel nur zwei Monate vor der emotionalen Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) das Fiasko an der Urne mit verursacht hat.

Seither ruht das umstrittene Dokument im Archivkeller der Brüsseler Behörde. Nach dem Nein des Schweizervolkes zum EWR-Beitritt vom Dezember 1992 wurde es im Februar 1993 im Gemischten Ausschuss Schweiz-EU formell sistiert. Es entfaltet keine rechtliche Wirkung mehr, und Brüssel betrachtet die Schweiz ausdrücklich nicht als Beitrittskandidaten. Trotzdem forderte vor Jahresfrist der freisinnige Nationalrat Gerold Bührer in einer Motion mit 18 Mitunterzeichnern den Rückzug des Beitrittsgesuchs. Seine Argumente: Das Gesuch sei rechtlich bedeutungslos, die EU habe sich politisch weiterentwickelt, Werte wie Neutralität, Föderalismus, direkte Demokratie und die wirtschaftliche Autonomie wären in Gefahr.

Stationen nach Europa

Das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union ist seit langem das wichtigste Thema unserer Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik. Dies sind die wichtigsten Stationen auf unserem Weg nach Europa:

Am 3. Dezember 1972 wird das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 72,5 Prozent des Stimmvolkes und von allen Kantonen angenommen. Zwanzig Jahre später, am 6. Dezember 1992, lehnen der Souverän mit 50,3 Prozent Neinstimmen und eine Mehrheit der Kantone den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Gebodigt wird die Vorlage in der Deutschschweiz, die Romandie stimmt geschlossen zu. Bundesrat Delamuraz spricht von einem «schwarzen Sonntag». Am 8. Juni 1997 wird die Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk» von drei Vierteln der Bevölkerung und sämtlichen Kantonen abgelehnt.

Eine Wende in der Europa-Diskussion tritt im neuen Jahrhundert ein: Am 21. Mai 2000 heisst das Volk mit gut 67 Prozent Ja-stimmen die sieben Bilateralen Abkommen I mit der Europäischen Union gut, nur die Kantone Tessin und Schwyz sagen Nein. Am 4. März 2001 wird die Volksinitiative für einen EU-Beitritt mit fast 77 Prozent Neinstimmen verworfen, alle 26 Kantone lehnen ab. Das Jahr 2005 wird ein besonderes Europajahr für die Schweiz: Am 5. Juni wird die Assoziierung an die Verträge von Schengen und Dublin, einem Teil der Bilateralen Abkommen II, mit fast 55 Prozent gutgeheissen. Und am 25. September wird das Freizügigkeitsabkommen, also die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedsländer, mit 56 Prozent angenommen.

Damit hat die Schweiz nach dem Debakel um den EWR-Beitritt von 1992 mit bilateralen Verhandlungen viel erreicht: 18 gewichtige Abkommen gehören zur Ernte der schweizerischen Diplomatie. Die wichtigsten Gebiete betreffen die Personenfreizügigkeit gegenüber 25 EU-Ländern, den möglichst ungehinderten Grenzübertritt, die weit gehende Vermeidung von Zweitasyl-

Zeichnung: © Chappatte in «Le Temps» (Geneva), www.globecartoon.com

gesuchen, die Zulassung von 40-Tonnen-Fahrzeugen, die Liberalisierung des Käsehandels, den Abbau technischer Handelshemmnisse, die Besteuerung von in der Schweiz erzielten Zinserträgen von Ausländern unter Wahrung des Bankgeheimnisses, und die Intensivierung der gegenseitigen Rechtshilfe.

«Die politisch ‹langsame› Schweiz hat sich mit Verhandlungen und Volksentscheiden aus der Sackgasse von 1992 herausgearbeitet», kommentiert die «Neue Zürcher Zeitung». Und Staatssekretär Michael Ambühl vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hält fest: «Seit dem EWR-Nein haben sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU markant intensiviert.» Der Zugang schweizerischer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt sei bedeutend leichter geworden. Zudem hätten sich unsere vertraglichen Beziehungen, vor allem dank Schengen/Dublin, auf politisches Gebiet ausgedehnt. «Unsere Beziehungen zur Europäischen Union sind insgesamt so gut und so intensiv wie noch nie.»

Wir wollen über Steuerhinterziehung sprechen! Sehr gern: Schalter 7 bis 15, bitte.

Vorteilhafter bilateraler Weg

Dass uns die bilaterale Politik zupass kommt – wer wollte das bestreiten? Dieser zweiseitige Weg nach Europa wird vom Volk getragen, er ist massgeschneidert für unsere Wirtschaft, er verpflichtet uns zu keinen weiteren Schritten. Der Preis dafür ist allerdings ein Verlust an Autonomie: Wenn sich die Schweiz einem gemeinsamen europäischen Thema anschliesst, muss sie ihre Gesetze dem europäischen Regelwerk anpassen.

Niemand als die Wirtschaft weiss besser um die Bedeutung der bilateralen Verträge. Denn die Europäische Union ist der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz. Mehr als 60 Prozent unserer Exporte und mehr als 80 Prozent unserer Importe entfallen auf die EU-Länder, rund 43 Prozent der schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland fliessen in diesen Raum, wo Schweizer Unternehmen über 900 000 Mitarbeiter beschäftigen. Mit den USA und China gehört die Schweiz zu den drei wichtigsten Wirtschaftspartnern der EU. Rund 870 000 ausländische Staatsangehörige mit dem Europapass leben in unserem Land – mehr als 12 Prozent unserer Bevölkerung. «Der bilaterale Weg mit der EU hat sich aus heutiger Sicht bewährt», anerkennt der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse.

Wie sieht man am Brüsseler EU-Hauptquartier die zweiseitigen Beziehungen mit den Eidgenossen? «Auch die Europäische Union hat Interesse an einer Fortführung des bilateralen Weges mit der Schweiz» (Staatssekretär Michael Ambühl). «In Brüssel zollt man der Schweiz für den bilateralen Weg Anerkennung. Wir werden als solidarischer Verhandlungspartner wahrgenommen» (Botschafter Urs Bucher). Der offizielle Tenor lautet so: Die Europäische Union hat (nach einem Gesinnungswandel) den bilateralen Charakter im Umgang mit der Schweiz und ihrer Referendumsdemokratie verinnerlicht.

Dunkle Wolken am Horizont

Doch jetzt droht der guten Nachbarschaft zwischen Brüssel und Bern eine unbequeme Wahrheit: «Die Stellung des kleinen Landes gegenüber der EU hat sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert» (so der Brüsseler Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung»). Die Europäische Union ist heute ein Binnenmarkt von 460 Millionen Menschen mit einer gemeinsamen Währung in seiner Kernzone. Sie ist auch eine politische Gemeinschaft in immer mehr Bereichen wie Justiz und Inneres, Aussenpolitik und Sicherheit. «Es fällt der EU immer schwerer, sich noch mit Drittstaaten zu befassen, wenn sie nicht das Kaliber der USA, Russlands oder Chinas besitzen.»

Die neue Brüsseler Realität schilderte kürzlich José Manuel Barroso, der Präsident der EU-Kommission, im Interview mit der «NZZ am Sonntag»: «Versetzen Sie sich einmal in unsere Lage: Die EU wird demnächst 27 Mitgliedstaaten zählen. Da ist es schon sehr schwierig, eine gemeinsame Position zu erreichen.» Und nun komme ein kleines Land mit sieben Millionen Einwohnern und verlange, dass die EU sich seiner Realität anpasse. «Wenn wir als Kommission mit Ihnen verhandeln, müssen wir die Zustimmung aller Mitgliedstaaten bekommen. Es wird für uns nicht leichter.»

Die dunklen Wolken am Horizont des bilateralen Weges erkennt auch die Landesregierung. Für Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ist die heutige Strategie zwar die beste Option, aber «der Bilateralismus ist nicht in Stein gemeisselt». Und: «Der Beitritt zur Europäischen Union bleibt für die Schweiz eine längerfristige Option.» In früheren Grundsatzdokumenten hatte der Bundesrat das «strategische Ziel» eines EU-Beitritts wiederholt bestätigt. So heisst es im Aussenpolitischen Bericht 2000 der Regierung: «Der Beitritt zur Europäischen Union ist das Ziel des Bundesrates. Die Interessen unseres Landes können innerhalb der EU besser gewahrt werden als ausserhalb.» Und im Legislaturprogramm 2003 bis 2007 be-

SCHWEIZER REVUE Februar 2007 / Nr. 1
Zeichnung: © Chappatte in «Le Temps» (Geneva), www.globecartoon.com

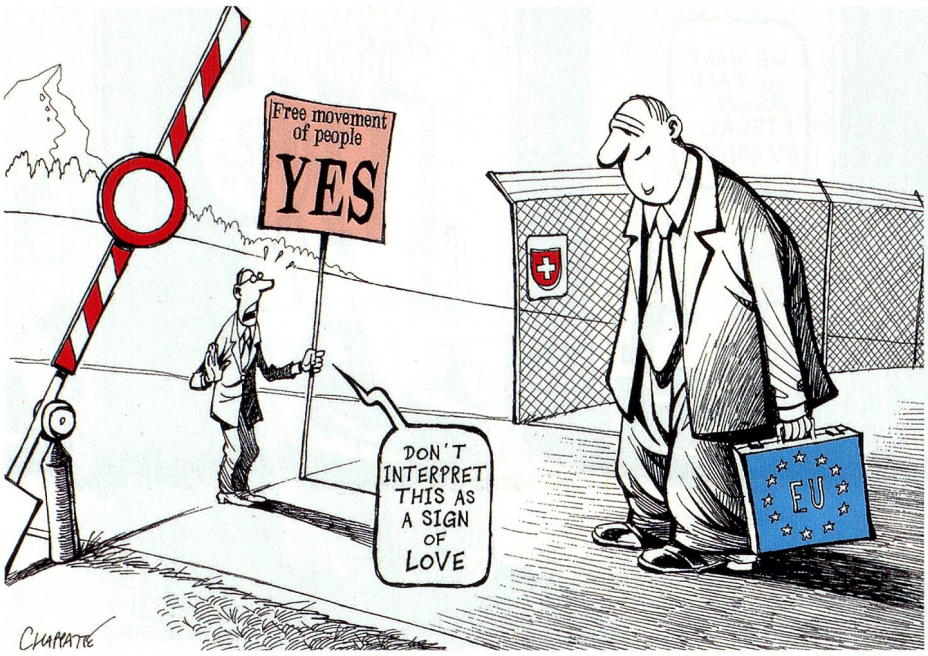
kräftigt die Regierung die «Mitverantwortung der Schweiz in Europa und den EU-Beitritt als längerfristiges Ziel».

Europabericht des Bundesrates

Im Europabericht 2006 des Bundesrates sind die Auswirkungen eines Beitritts zur EU aufgelistet. In den Bereichen Politik und Wirtschaft wären dies die Folgen: Die Schweiz erhält volle Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene. Die Volksrechte bleiben gewahrt, soweit nicht Kompetenzen an die EU übertragen werden. Der EU-Beitritt verlangt den obligatorischen Volksentscheid. Der Föderalismus bleibt so, wie er ist. Der Beitritt zur heutigen EU bedeutet keine Aufgabe der Neutralität.

Weiter im Europabericht: Unsere Wirtschaft erhält den gleichberechtigten Zugang zum europäischen Binnenmarkt. In der Aussenwirtschaftspolitik verliert unser Land die handelspolitische Autonomie. Die Mehrwertsteuer muss von heute rund 7 auf 15 Prozent angehoben werden, was mit Steuersenkungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden kann. Das steuerliche Bankgeheimnis ist in Frage gestellt, weil die europäische Zinsbesteuerung den vollen Informationsaustausch verlangt. Die Schweizerische Nationalbank muss ihre Autonomie in der Geldpolitik an die Europäische Zentralbank abtreten. Die Schweiz verliert ihren Zinsvorteil gegenüber dem Ausland. Der Euro tritt an die Stelle des Schweizer Frankens. Die reiche Schweiz muss als EU-Mitgliedstaat netto rund 3,4 Milliarden Franken im Jahr leisten, das ist der höchste Pro-Kopf-Beitrag aller Mitgliedsländer.

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (nebs) ist heute die treibende Kraft für einen raschen EU-Beitritt unseres Landes. Sie wirft dem Bundesrat eine «fehlende europapolitische Strategie» vor und betont diese Argumente: Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stärkt unsere Interessen in einer globalisierten Weltwirtschaft. Sie ermöglicht die gleichberechtigte Mitbestimmung in Europa und stärkt so unsere Souveränität. Die Wirtschaft profitiert von der Dynamik des europäischen Binnenmarktes, was mehr Wettbewerb und tiefere Preise bedeutet. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten den europäischen Pass und neue politische Rechte (so bei den Wahlen ins Europaparlament). Sie profitieren vom stärkeren europäischen Konsumenten- und Arbeitnehmerschutz und können sich in jedem anderen EU-Land niederlassen, dort arbeiten und studieren.



Personenfreizügigkeit JA. Fassen Sie das aber nicht als Liebesbezeugung auf.

Volk und Wirtschaft gegen Beitritt

«Der viel gepriesene bilaterale Weg ist nicht die einzige europäische Option der Schweiz», sagt die freisinnige Nationalrätin und nebs-Präsidentin Christa Markwalder. Und: «Der Bundesrat darf sich nicht länger hinter der vermeintlichen EU-Feindlichkeit der Bevölkerung verstecken.» Und wie sieht diese Volksmeinung aus? Gemäss dem regelmässig erhobenen «Europa-Barometer Schweiz» des Forschungsinstitutes GfS ergab sich Ende 2005 dieses Bild: 84 Prozent der repräsentativ Befragten wollen alle Möglichkeiten in der Europapolitik offen halten. Die relativ grösste Gruppe will den bilateralen Weg weiterverfolgen. Beim EU-Beitritt sind 54 Prozent bestimmt oder eher dagegen, nur 37 Prozent sind dafür. 45 Prozent rechnen damit, dass die Schweiz bis zum Jahr 2015 Mitglied der EU sein wird, während 48 Prozent vom Gegenteil ausgehen.

Und wie denkt man bei der Schweizer Wirtschaft? «Ein EU-Beitritt der Schweiz ist für die Wirtschaft nicht von Interesse», verkündete überraschend der Dachverband Economiesuisse im vergangenen April. Neben staatspolitischen Bedenken nennt der Interessenverband die wirtschaftlichen Gründe: Die Schweizerische Nationalbank verliert ihre Selbstständigkeit in der Währungspolitik. Der Wegfall des Zinsvorteils und der Verlust des Schweizer Frankens haben negative Folgen für den Standort Schweiz. Das Bankkundengeheimnis wird durch den vollen Informationsaustausch «unterminiert». Der Kernsatz im Papier von Economiesuisse: «Letztlich muss die schweizerische Europapolitik der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Schweiz dienen.» Da fragte sich sogar die «Neue Zürcher Zeitung»: «Ist die europäische Integration nicht in erster Linie ein politisch motiviertes Projekt?»

Der frühere Staatssekretär Franz Blankart brachte es vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft auf den Punkt: «Der Beitritt zur Europäischen Union ist eine eminent politische Frage. Soll der Beitritt glaubwürdig sein, muss er aus einer Grundwelle des Volkswillens erwachsen, am politischen Aufbau Europas beteiligt zu sein.» Für dieses politische Ziel sei ein politischer Preis wie etwa die Verringerung der direkten Demokratie erwägenswert. «Was ich aber der Schweiz nicht wünsche, wäre ein Beitritt allein aus wirtschaftlichem Zwang.»

www.europa.admin.ch (Dokumente zur schweizerischen Europapolitik)
www.eda.admin.ch (Informationen zur Aussen- und Europapolitik)
www.europa.ch (Website der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz)
www.economiesuisse.ch (Website des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft)
www.doku-zug.ch (Dokumentationszentrum)

Zeichnung: © Chappatte in «Le Temps» (Geneva), www.globecartoon.com